

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Druck u. Verlag von "Opitz & Reichardt" in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Ver. and monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.
Die einspaltige 7 mm breite Zeile 1,- M. (bei Familienangehörigen, Anzeigen unter 2000 u. Wohnungsanzeigen, 1 spaltige 10 mm u. 12 mm breite 25 %). Bezugsgebühren laut Karte. Besondere Abzüge gegen Vorabzahlung. Einzelnummer 75 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von "Opitz & Reichardt" in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Voderung der Fesseln für den Luftfahrzeugbau.

Zaubeginn für Zivilluftfahrzeuge am 3. Mai.

Berlin, 10. Febr. Das Londoner Ultimatum vom 5. Mai forderte u. a. von Deutschland, daß die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrzeugmaterialien erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden dürfen, an dem die internationalen Luftfahrtkontrollkommissionen erklärt haben würde, daß Art. 202 des Vertrages von Versailles, der Deutschland die Auslieferung aller militärischen Luftfahrzeuge zur Pflicht macht, vollständig ausgeführt sei. Nach der Annahme dieses Ultimatus ist zur Erfüllung dieser Forderungen das Gesetz über die Beschränkungen von Luftfahrzeugbauten vom 20. Juni erlassen, wodurch die gesamte deutsche zivile Luftfahrtindustrie drach gelegt wurde. Die deutschen Behörden, in enger Zusammenarbeit mit den an dem Luftfahrzeugbau und dem Luftverkehr interessierten Kreisen, haben sich seitdem mit allen Kräften bemüht, der Verpflichtung aus Art. 202 zu genügen.

Nach neuemontaglicher Arbeit ist dies jetzt gelungen. Die Postfachkonferenz beschloß am 1. Februar, den Beginn der Bauphase von drei Monaten vom 3. Februar in Kraft zu setzen, so daß am 3. Mai die Produktion und Einfuhr von Luftfahrzeugmaterial wieder aufgenommen werden können.

Nach Ablauf dieser drei Monate wird auch die unter Leitung des Generals Pfisterman stehende Kommission als erste der drei vertraglich eingesetzten militärischen Kontrollkommissionen in ihre Tätigkeit in Deutschland einsteigen. Die völlige Befreiung des Luftfahrzeugbaues von den Fesseln des Vertrages von Versailles und der ihn ergänzenden Abkommen bedeutet allerdings auch dieser Beschluß der Postfachkonferenz nicht. Es bleibt die Deutschland ebenfalls durch das Londoner Ultimatum auferlegene Verpflichtung übrig, diejenigen Begriffsbestimmungen anzuerkennen, die von den internationalen Mächten aufgestellt worden, um die Zivilluftfahrt von der militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Von diesen der deutschen Regierung bisher noch nicht mitgeteilten Begriffsbestimmungen, deren Einhaltung durch ein besonderes noch zu schaffendes Organ sich die alliierten Regierungen vorbehalten haben, wird es abhängen, ob die deutsche Luftfahrtindustrie die solange abgemessene Kraft zum Nutzen des Landes neu entfalten kann. (W. T. P.)

Ein deutsch-russisches Geheimabkommen?

(Clarner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Berlin, 10. Febr. Wie wir von unrichtiger Seite zu verlässig hören, ist zwischen Dr. Wirth als Vertreter der deutschen Regierung und dem Sowjetdelegierten Kerenski, der in Berlin weilte, ein Geheimabkommen getroffen worden, das sich auf wirtschaftliche Fragen bezieht.

Groeners Dank an die Technische Nothilfe.

Berlin, 10. Febr. Der Reichsverkehrsminister hat an die Hauptstelle der Technischen Nothilfe folgendes Dankschreiben gerichtet:
Bei dem nunmehr beendeten Streik eines Teiles der Eisenbahnbeamten hat sich die Technische Nothilfe mit ihren weitverbreiteten Organisationen überall tatkräftig und hilfreich zur Verfügung der Reichsbahnen gestellt. Ihrem Eingreifen ist es wesentlich zu verdanken, daß der Bahnbetrieb nicht vollständig zum Erliegen gekommen ist. Das uneigennützig und tapfer Verhalten der Technischen Nothilfe hat den Willen der dienstbereiten Beamten zum Ausbahren kräftig unterstützt. Trotz ungünstiger äußerer Verhältnisse, trotz Schnee und Eis haben die Nothelfer überall die ihnen ungewohnte Arbeit aufgenommen. Bei der Natur des Eisenbahnbetriebs war es unmöglich, die Helfer schon vor Beginn des Streiks durch praktische Bestätigung an regelrechten Betrieb in ihren Obliegenheiten zu unterweisen. Trotzdem haben sie es verstanden, binnen kurzer Zeit die schwierigen Verhältnisse soweit zu meistern, daß im Verein mit pflichtgetreuen Beamten ein umfangreicher Betrieb in allen Teilen des Reiches eingerichtet werden konnte. So haben sich namentlich hunderte von Männern aus den mahlinentechnischen Berufen verantwortungsbewußt als Lokomotivführer zur Verfügung gestellt. Nur so ist es möglich geworden, der notleidenden Bevölkerung wenigstens den dringenden Lebensbedarf zu zuführen und unter stark erschütterter Wirtschaftslage vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Leider hat die Einigung der Nothilfe Opfer gefordert. Die Männer, die den Gefahren des Eisenbahnerberufes erliegen sind, haben den Gedanken mit dem Tode besetzt, daß über allen Sonderinteressen ein Gemeinwohl steht, dem wir alle zu dienen verpflichtet sind. Allen Beteiligten gebührt aufrichtiger Dank und die warmste Anerkennung nicht nur der Eisenbahnverwaltung, sondern des gesamten deutschen Volkes und ich darf Sie bitten, diesen Dank allen Ihren Mit Helfern übermitteln zu wollen. (Wz. Groener. (Wz.))

Geheimlaugung der Genfer Konferenz.

Genf, 10. Febr. Der offizielle Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen, der auf den 10. Febr. angesetzt war, ist auf Montag, den 13. Februar, 10½ Uhr vormittags, verschoben worden, da infolge des Eisenbahnstreiks die deutsche Abordnung erst morgen eintrifft wird. Die polnische Abordnung ist heute hier angekommen. Morgen werden die beiden Bevollmächtigten vorbereitende Besprechungen mit dem Präsidenten Calonder haben. Als persönlicher Sekretär des Präsidenten wird wieder Dr. Neumann den Verhandlungen beiwohnen. Auch die übrigen Mitarbeiter des Präsidenten sollen dem Kreise der Herren einmünden werden, die Calonder nach Oberschlesien begleitet haben. Dazu dürften für bestimmte zur Verhandlung stehende Fragen Beamte der einschlägigen Abteilungen des Völkerbunds-Sekretariats, so der Abteilung für Minderheitsfragen, kommen. Die öffentlichen Sitzungen sind nicht geplant. Präsident Calonder legt im übrigen großen Wert darauf, Indiskretionen in der Presse zu vermeiden, die den Gang der Verhandlungen wären könnten. (W. T. P.)

Die Verhandlungen des Hochverrätters Dorian mit Poincaré.

(Clarner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Paris, 10. Febr. „Continental News“ erzählt über den Besuch Dr. Dorian bei Poincaré, daß dieser auf Wunsch Poincarés durch die französischen Militärstellen in Mainz vorbereitet war. Poincaré hatte sich vor einigen Tagen über die separatistische Bewegung im Rheinlande eingehend berichtet lassen. Aus dem Berichtsmaterial, das im französischen Außenministerium über die Frage vorhanden war, hatte Poincaré den Eindruck gewonnen, daß die Propaganda im Rheinlande nicht immer mit den französischen Interessen vereinbar gewesen ist, was aber wohl auf die Schwierigkeiten zurückzuführen war, daß bisher keine Zentralinstanz vorhanden war, die sich mit der Leitung dieser Propaganda befaßt. Dr. Dorian gab nähere Erklärungen ab, wie er sich die Fortsetzung der Propaganda denke, äußerte jedoch auch Klagen darüber, daß seine Aufgabe nur deshalb seine oder geringe Erfolge habe, weil jeder französische Stabskommandant im Rheinlande seine eigene Politik führe, wodurch er, Dorian, wiederholt mit diesen Militärstellen in Konflikt geraten sei. Poincaré war der Ansicht, daß zwischen den rheinischen, elbischen und französischen Katholiken ein enger Band der Verständigung bestehe, das zu einer dauernden Freundschaft führen müsse. Das sei der künftige Grundgedanke für die seitens Frankreichs zu befolgende Richtung. Die Bewegung soll einheitlichere Formen annehmen und den nationalen-französischen Gedanken. Der ihr zeitweise anhaftet, entkleidet werden. Der Schwerpunkt wird auf kulturelle Beziehungen gelegt werden müssen, die für eine selbständige rheinische Republik mit den Westmächten erforderlich ist.

Nach der Audienz bei Poincaré hatte Dr. Dorian noch mehrere Besprechungen mit leitenden Beamten des Außenministeriums und verschiedenen Abgeordneten. Er äußerte unerschrocken sich über die finanzielle Seite der Propaganda, die in Zukunft nicht mehr durch die Militärstellen in Mainz und Bonn, sondern von Paris aus ihre Regelung finden soll. Dr. Dorian war nach seinen Beziehungen französischer Abgeordneter gegenüber von dem Empfang bei Poincaré sehr befreut. Wahrscheinlich wird Dorian als Folge seines neuen Programms in Zukunft seinen dauernden Wohnsitz in Bonn oder Trier nehmen müssen.

Neue Verhandlungen über das Steuerkompromiß.

„Eine Spannung der Situation.“

Berlin, 10. Febr. Am Reichstage haben heute um 10 Uhr vormittags die neuen interfraktionellen Verhandlungen über das Steuerkompromiß begonnen. Die Teilnehmer waren an ihnen die Führer des Reichstags, der Sozialdemokratie, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Während des größten Teiles der Sitzung war der Reichskanzler anwesend, der auch das Wort ergriß. Die Besprechungen dauerten bis um 1 Uhr mittags. Ueber ihren Inhalt und Verlauf wurde unter den Teilnehmern freundschaftliche Verständigung. Parlamentarische Aneignung der Situation beitragen. Unmittelbar nach der interfraktionellen Besprechung trat die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu einer Fraktionsbesprechung zusammen.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, wird unabhängig hiervon die Frage der Revision der Erweiterung nach wie vor im Reichstage lebhaft erörtert. Es müßte betont werden, daß diese Frage augenblicklich nicht besonders aktuell erscheint. Sie hebe allerdings mit der Frage der endgültigen Beilegung des Reichsjahresministeriums in enger Verbindung. Es scheint, daß für den Völkern des Reichstagspräsidenten nunmehr Dr. Dornes endgültig in Frage komme. Für viele Kreise der Volkspartei würde diese Kandidatur nicht als ungeeignet erscheinen, da Dr. Dornes vielleicht die geeignete Persönlichkeit sei, um die von der Volkspartei verlangte Sicherstellung der persönlichen und sachlichen Garantien zu gewährleisten.

Ausbreitungen der ausländischen Berliner Straßenbahner.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Febr. Während alle übrigen Berliner städtischen Betriebe besetzt sind, den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen, wird der Dienst der Berliner Straßenbahn noch immer durch radikale Elemente gestört. So kam es heute an verschiedenen Punkten der Stadt zu Ausschreitungen ausländischer Straßenbahner. Demonstrationen wurden gebildet, Straßenbahnen angehalten, Schaffner und Fahrer gezwungen, die Arbeit niederzulegen und Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen. In den Nachmittagsstunden kamen einige hundert streikende Straßenbahner zum Rathaus und nahmen dort Aufstellung. Nachdem einige Mißdecker gesprochen hatten, schickten sie eine Deputation zum Magistrat. Der Magistrat, der gerade in der Sitzung der Stadtverordneten war, lehnte es aber ab, die Deputation zu empfangen. Da ein hartes Aufgebot von Schutzpolizei das Rathaus umgab, zogen die streikenden Straßenbahner es vor, sich vom Rathaus wieder zu entfernen.

Annahme des Schiedsspruches durch die Stadtverordneten.

Berlin, 10. Febr. In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung wurde nach längerer Aussprache der Magistratsvorrichtung, wonach der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen wird, mit einem Zusatz der Deutschnationalen angenommen. (W. T. P.)

Der Genfer Schluphaht des ober-schlesischen Dramas.

Ueber Oberschlesien und die Schlupfverhandlungen, die sofort ihren Anfang nehmen sollen, wenn die deutsche Delegation in Genf eintrifft, ist es stiller geworden, als es die deutschen Interessen eigentlich erlauben. Das mag man verstehen können, weil die Fälle der anderen politischen Ereignisse das deutsche Volk in Atem gehalten hat. Das mag zum Teil auch in der unverzeihlichen Geheimnisträumerei der Regierungskommission über die einzelnen, bereits getroffenen Abmachungen begründet sein, die, wie die Beibehaltung der deutschen Währung in Polnisch-Oberschlesien mit der Gefahr der Dehnung eines Polentalochs im Osten, durch das die deutsche Mark zum Schaden des ganzen Volkes vielleicht ungehemmt nach Polen abfließen kann, Lebensinteressen des Volkes betreffen, von deren Inhalt wir aber so gut wie gar keine Kenntnis haben. Das mag endlich mit dem weit verbreiteten Irrtum zusammenhängen, daß die Verhandlungen für uns nur untergeordnete Bedeutung haben, da das Schicksal Oberschlesiens längst entschieden sei. Gewiß, an der Tatsache, daß Industrie-Oberschlesien trotz des Abstimmungsstieges entrisen wird, ist nichts mehr zu ändern, aber ein ist in Genf noch zu retten und muß unter allen Umständen gerettet werden: die große deutsche Minderheit und, da sie die Trägerin des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ist, die deutsche Kultur. Mit ihr steht und fällt die Möglichkeit einer Wiedervereinigung des entrisenen Gebietes mit dem Mutterlande, an die zu glauben das deutsche Volk weder aufhören kann noch wird.

Die Frage des Minderheitenschutzes wird der Hauptinhalt des Genfer Schlupfhahtes der deutsch-polnischen Verhandlungen sein. Hierbei ist Deutschland Polen gegenüber von vornherein in eine schwierige Lage gedrängt worden. Deutschland sind lediglich Gebiete zugesprochen worden, in dem das Deutschium seiner besonderen Stärkung mehr bedarf. Der deutsche Charakter des Landes ist nicht zu verkennen, und so liegt für Deutschland um so weniger Grund zu einer Ausbreitungspolitik vor, als die polnische Bevölkerung für das allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Leben nur von untergeordneter Bedeutung ist. Anders in dem geraubten Teil Oberschlesiens. 40,3 Prozent der Einwohner dieses Gebietes haben für Deutschland gestimmt, und zur deutschen Bevölkerung gehören die wirtschaftlich maßgebenden Kreise des Landes, die Industriellen, die Ingenieure, Beamten und die intelligente Arbeiterklasse, die dem Gebiet den unverkennbaren Stempel eines deutschen Kulturlandes aufgedrückt haben. Hierin wird Polen den Antrieb zu einer Polonisierungsarbeit großen Stellen erblicken, einer Arbeit, die es längst bereits mit den verfügbaren Mitteln begonnen hat. Mag man davon absehen, daß heute bereits in dem noch gar nicht abgetretenen Gebiet in allen Dörfern die deutschen Inschriften, alle Wegweiser und sonstigen Beschilderungen überpinselt und mit polnischen Namen versehen sind. Das sind Unheuerlichkeiten. Schlimmer ist, daß man schon jetzt gefühllos die Grundbesitze bekannt gibt, nach denen später verwaltet werden soll, daß man nur „Lonele“, also polnische Beamte anstellen will, daß man den deutschgelesenen Lehrern und Beamten mit Maßregelungen droht und sie dadurch aus dem Lande treibt, daß man heute bereits einen maßlosen Kulturkampf gegen alles Deutsche entfacht hat. Trotzdem setzen sich die Polen, wie es stets ihre Art ist, mit lebenswüthiger Verbündlichkeit an den Verhandlungstisch, lassen sich von den deutschen Vertretern ihren ehrlichen Verhandlungswillen bestätigen, und schließen Verträge ab, die sie nie halten. So war es bei der Uebernahme Polens und Westpreußens, so war es bei dem vielzitierten Minderheitenschutzvertrag vom 23. Juni vorigen Jahres, den sie auf Anordnung der Ententeemächte abschlossen, und so würde es auch diesmal wieder werden, wenn es der deutschen Delegation nicht gelangt, wirksamere Garantien durchzusetzen als damals.

Das Genfer Diktat steht ein Ausdehnung dieses Minoritätsvertrages auf das neuerdings an Polen fallende Gebiet vor, womit wir uns im Grunde genommen einverstanden erklären könnten. Denn er verpflichtet allen Bewohnern den vollen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit ohne Unterschied der Nationalität, Sprache oder Religion, sichert allen Bewohnern den Genuß der gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, insbesondere bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern und bei der Ausübung ihres Berufs oder Gewerbes zu und verbietet die Behinderung im freien Gebrauch einer Sprache bei irgendwelchen Gelegenheiten. Trotzdem ist bei einer Uebertragung dieser Bestimmungen ohne klare Garantien der Untergang des Deutschiums im industriellen Oberschlesien besetzt. Seine Anwendung in Polen und Westpreußen zeigt, daß diese Bestimmungen nichts sind als leere Worte, als ein beifühender Hohn für alles, was deutsch ist. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß heute das deutsche Element der Stadt Posen trotz der Schutzparagrafen von 43 auf 7 Prozent der Einwohnerchaft zusammengeeschmolzen ist, man braucht nur zu denken an die ständische Veräußerung der deutschen Domänenpächter, an die Enteignung und Ausweisung von 3500 deutschen Anliegern, denen weitere 3000 folgen sollen, an die Entrechtung der Deutschen bei den Stadtverordnetenwahlen in Westpreußen, wo man alle diejenigen vom passiven Wahlrecht ausschloß, die nicht polnisch sprachen, an die Massenentlassungen der deutschen Beamten aus dem Staats- und Kommunaldienst, an die Beschlagnahme des evangelischen Kirchen-Vermögens, an die pogromartige Deutscherverfolgungen und an den

Wortlaut der deutschen Gewerbetreibenden. Dann wird man verstehen, warum bereits im November v. J. von einer deutschen Bevölkerung von 120 Millionen mehr als eine halbe Million Deutsch das Land verlassen haben, obwohl ihnen die Hälfte ihres Vermögens angeblich als Sicherheit für Steuern zurückgelassen worden ist. Das sind die Aussichten, die der deutschen Bevölkerung in Überfließen unter polnischem Anstößelstand haben, und daraus wird auch die deutsche Delegation ihre unabdingbare Forderung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit ableiten müssen. Vielleicht kann ihr in dem neutralen Vermittler der Konferenz, dem schweizerischen Bundesrat Calander, ein Helfer ersehen. Denn er hat während seiner Weltumrundung durch Überfließen das wahre Wort gelehrt, daß der Völkervereinigung zu den Problemen gehöre, die nicht nur keine gänzliche Sympathie befehlen, sondern deren Lösung auch ein unabweisbares Erfordernis internationaler Zusammenarbeit ist. Wenn man auch nicht so weit gehen kann, wie viele deutsche Verhandlungsmittler, die durch Calander überredete Verhandlungsbereitschaften — denn wir sind ja oft enttäuscht worden —, so kann man doch der Postkarte dankbar sein, daß es der Vorsitzende diesmal nicht bei einer schlichten Klage bewenden läßt. Wir können uns nicht darüber hinwegsetzen, daß Staatssekretär Bismarck in dieser Angelegenheit einen schwereren Stand hat, denn Polen wird niemals länger auf die Weisheit des Friedens und der Gewalt zur Vertreibung der Deutschen, die in Polen und Ostpreußen ein so bedeutendes geistiges Vermächtnis hinterlassen haben, verzichten, wenn seine Delegationen auch bereitwillig die weitestgehenden Forderungen anerkennen. Auf die Garantien kommt es an, und ohne sie wird kein deutscher Unterhändler seine Unterschrift unter ein Abkommen legen können.

In enger Verbindung mit dem Zustand der Minderheit und damit der Nation, der Sprache und der deutschen Kultur überhaupt steht die Aufrechterhaltung der zwischen Deutschland und Andruhr überlieferten bestehenden Zusammenhänge in der Form der großen wirtschaftlichen Arbeitssphäre und Arbeitnehmervereine, die nach dem Genfer Diktat durch die Bestimmungen gewährleistet ist, daß in den ersten 15 Jahren die Verhältnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die im Abkommensgebiete tätig sind, unverändert bleiben. Es kann gar kein Zweifel darüber vorliegen, daß ein Fortbestehen der Vereinigungen in Verbindung mit den großen deutschen Organisationen ein sehr bedeutungsvoller Faktor für die Erhaltung des Deutschen wäre und ein gewaltiges Einwirkungs-

der wirtschaftlichen Verbände in die politischen Interessenkonflikte mit ihrer Entfremdung vom deutschen Wirtschaftsleben verhindern würde. Polen hat in der Kommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt, großen Widerstand geleistet, es will auch bei der Völkerbund-Internationalen den Vorkampf stellen, die freien Gewerkschaften des Industriegebietes von den deutschen Zentralorganisationen loszulösen. Obwohl in dieser Frage nach den Erklärungen der deutschen Delegationen eine Einigung erzielt worden sein soll, wissen wir doch dank der Geheimhaltung der Unterhändler ebenso wenig, auf welcher Grundlage diese Einigung erfolgt ist, wie wir in der unannehmer wichtigen Frage der Liquidationen genauerer Aufklärung bekommen haben. Denn wenn Polen tatsächlich gemäß dem Genfer Spruch das Recht zuerkannt wird, deutschen Besitz nach Ablauf der Schonzeit von 15 Jahren nach freiem Ermessen zu liquidieren, so ist jede wirtschaftliche Weiterentwicklung deutscher Betriebe damit unterbunden, weil kein deutscher Wertbesitzer bei der drohenden Gefahr einer Enteignung noch Kapital zur Verbesserung und Erweiterung der Betriebe auf lange Zeit hineinstecken kann, andererseits Polen aber von einem so günstigen Mittel, die lästigen Deutschen loszuwerden, den ausgedehntesten Gebrauch machen wird. Vermutlich werden auch diese beiden Fragen noch einmal in Genf zur Erörterung kommen.

Zweifellos stehen uns bei der Veröffentlichung des Abkommens noch manderlei Überraschungen bevor. Keine der Abmachungen aber wird — mit Ausnahme vielleicht der Zahlungsansprüche in dem entlassenen Gebiete, die zu einer harten Befriedigung der deutschen Partei führen kann — für das gesamte Volk eine so übertragende Bedeutung haben, wie die Erhaltung der fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachenden deutschen Minorität. Auf ihr beruht jede Hoffnung, daß der alten Verträge und aller Selbstbestimmung der Völker hochwichtige Haupt, der von Deutschland niemals anerkannt wurde und auch nicht anerkannt werden kann, wieder rückgängig gemacht wird. Überfließen ist der deutsche Staat, so muß Oberfließen für uns rechtmäßig die nationale Frage der Zukunft sein. Oberfließen war nicht nur bis zur Genfer Bevormundung ein internationales Problem. Heute noch ist es das in gleichem Maße, und wir werden dafür sorgen müssen, daß es trotz polnischer Ausrottungspläne für so lange ein internationales Problem bleibt, bis der klare Rechtszustand wieder hergestellt ist.

Das doch der Abgeordnete Bismarck gestern erklärt, daß der Reichskanzler

mit seiner persönlichen Ehre dafür engagiert sei, daß Disziplinierungen nur in ganz besonderen Fällen vorkommen sollten. Der Streit ist nicht durch die Veranlassung der Streikenden beendet worden, wie hier behauptet wurde, sondern durch Verhandlungen. Unser Volk verlangt endlich nach einer wahren Regierung, die im Lande Ordnung schafft.

Reichspräsident Friedrich: Es ist vorher der Ausdruck gefallen: Helfen Sie Ihr freies Volk nicht so weit auf. Ich rufe den Sprecher zur Ordnung.

Abg. Dr. Scholz (L. Sp.): Die Rede des Reichskanzlers zeigte, daß man mit Worten Tatsachen verschleiern kann. Sie schweigt über

die Art der Beendigung des Streiks.

Der Streit war die Auswirkung politischer Tendenzen. Wir billigen das Verhalten der Regierung in der Beendigungsfrage nicht. Es muß hier eine klare Revision durchgeführt werden. Es gilt dabei zu berücksichtigen

1. die Wahrung des Existenzminimums auch der unteren Beamtens,
2. Fürsorge für einen gerechten Aufbau der Grundgedächter,
3. Das Problem der gleitenden Gehaltskala.

Ein Streikrecht gibt es im vollen Umfange weder für Beamte noch für Arbeiter. Das in der Verfassung gewährte Koalitionsrecht ist mit dem Begriff Streikrecht nicht identisch. Zwischen den Worten und Taten der Reichsregierung besteht

ein klassender Widerspruch.

Es haben Verhandlungen mit den Vertretern der streikenden Reichsgewerkschaft stattgefunden. Was ist mit ihnen geschehen? Ist zum Streik angesetzt worden? Ist auch auf schärfere gegen die Übertragung der Verantwortung des Reichskanzlers auf das Reichsamt protestieren, daß es politischen Gründen keine Entscheidung trifft. Den Worten des Reichskanzlers gegenüber können wir ein Verbot auszusprechen. Seine Taten jedoch müssen wir als sachlich ablehnen.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Herr Dr. Scholz hat gegen mich einige spitze Bemerkungen abgemacht. Die Regierung hat diesen Streik beendet, und das war ihr Ziel. Nun ist es falsch zu sagen, die Worte könne man nicht erkennen, die Taten der Regierung aber verdienen das höchste Lob. Welches Lob denn diese Taten? Dieser Streik in seiner Ausdehnung, mit der Gefahr, sich zu einem allgemeinen Streik der Beamten auszuweiten, ist in seinem Beamtentum irgend eines Staates bisher vorgekommen. (Beifall bei der Mehrheit.) Gegen Sie mit an irgendeinem Beispiel, wo die Regierung ein Gesetz verleiht hat. Das Reichsamt wird in seinem einzigen Falle irgendeinen Beschluß fassen lassen. (Beifall bei der Mehrheit.) Sie müssen doch halten, was Sie versprochen haben! Hört, hört! recht! Was ich versprochen habe, halte ich. Auch wir müssen zwei Thesen unterscheiden: Zunächst die Verhandlungen bis zum Streik und einige Tage nach dem Streik in den Ressorts, dem Finanzministerium und dem Verkehrsministerium. Der Streik nahm an Ausdehnung zu. Er kam in politische Richtung. Da habe ich im Auftrage des Reichsamt Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geführt.

Am Montag war bei diesen Verhandlungen allerdings auch Herr Voss von der Reichsgewerkschaft dabei, der sich im Laufe der Verhandlungen als mit einem besonderen Mauthat der Reichsgewerkschaft ausgezeichnet hat. (Beifall bei der Mehrheit.) Was das ein Unheil! (Beifall bei der Mehrheit.) Sie müssen doch halten, was Sie versprochen haben! Hört, hört! recht! Was ich versprochen habe, halte ich. Auch wir müssen zwei Thesen unterscheiden: Zunächst die Verhandlungen bis zum Streik und einige Tage nach dem Streik in den Ressorts, dem Finanzministerium und dem Verkehrsministerium. Der Streik nahm an Ausdehnung zu. Er kam in politische Richtung. Da habe ich im Auftrage des Reichsamt Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geführt.

Am Montag war bei diesen Verhandlungen allerdings auch Herr Voss von der Reichsgewerkschaft dabei, der sich im Laufe der Verhandlungen als mit einem besonderen Mauthat der Reichsgewerkschaft ausgezeichnet hat. (Beifall bei der Mehrheit.) Was das ein Unheil! (Beifall bei der Mehrheit.) Sie müssen doch halten, was Sie versprochen haben! Hört, hört! recht! Was ich versprochen habe, halte ich. Auch wir müssen zwei Thesen unterscheiden: Zunächst die Verhandlungen bis zum Streik und einige Tage nach dem Streik in den Ressorts, dem Finanzministerium und dem Verkehrsministerium. Der Streik nahm an Ausdehnung zu. Er kam in politische Richtung. Da habe ich im Auftrage des Reichsamt Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geführt.

Beendigung des Streiks.

Dieses Ziel kann man nicht erreichen, wenn man von vorn herein erklärt, mit irgendwelchen Vertretern der Reichsgewerkschaft will ich nichts zu tun haben. (Zuruf recht! Das haben Sie aber gesagt! Zuruf links: Sehr richtig!) Die Beendigung des Streiks ist geglückt mit Hilfe der Vermittlung eines Mitgliedes des Hauses, des Abgeordneten Hoffe, der Mitglieder des Vorstandes des Reichsbeamtenbundes und der Reichsgewerkschaft der Postbeamten zu mir brachte, und nun konnte verhandelt werden. Da habe ich erklärt: Ich bin bereit, mit Mitgliedern des Beamtenbundes und der streikenden Reichsgewerkschaft einen Abbruch des Streiks in eine Besprechung einzutreten. In diesem Moment der Hochspannung trachtet man darnach, zu einem Frieden zu kommen, der uns vor weiteren Schäden bewahrt.

Ich allein kann die Übernahme der Fragen der Grundlage und Richtlinien wegen der

einzelnen Disziplinarverfahren,

nicht wegen der einzelnen Disziplinierungen — das ist Sache des Ressortministers — nicht einem Ressortminister zuschieben. Nicht der Beamte ist dabei gemeint, daß nun etwa jeder, der an diesem Streik teilgenommen hat, dem Strafverfahren entzogen werden soll. Die Aufgabe habe ich allerdings gemacht, daß ich mich darum kümmern werde. Wenn Wasserdisziplinierungen hier und dort vorkommen sind, dann werde ich als Kanzler mit dem Herrn Verkehrsminister darüber sprechen. Man kann und von der Rechts nicht schiltverleugern vorwerfen. Sie (nach rechts) Sie Sie so seine Unterredung zwischen Worten und Taten machen. Sind so alle heillos, daß sie aus der Sache heraus sind. Es ist Tatsache, daß in weiten Kreisen der Beamtenschaft der Gedanke bestand, daß sie das Streikrecht besitzen. Die Reichsregierung hat einer solchen Annahme keinen Anstoß gegeben. Dieser Streik soll nun ein politisches Mittel werden, um die Beamten von der

tatsächlichen Rechtslage

zu überzeugen. Sollen Sie sich doch darüber klar, dieser Beamtentum ist nicht vom Himmel gefallen. Er ist eben ein Teil einer ungeheuren Erregung, die über unser Volk als Ganzes gekommen ist. (Abg. Auer (Komm.): Aufruf gegen Ihre Erklärungslosigkeit!) Sol etwa jemand gemeint, daß dieser Streik unserem Volk die Aufgabe der Reparationsleistungen erleichtern könnte? Diese schweren Erschütterungen müssen wir ertragen. Wir müssen schauen, durch friedliche Mittel sie in Zukunft zu vermeiden und wenn wir wieder in Schwierigkeiten kommen, so müssen wir zusehen, rechtlich aus dieser Situation heraus zu kommen.

Bezüglich der

Technischen Hilfisse

ermächtigt und da das Problem, daß der Reichsregierung die Möglichkeit gegeben wird, auch hierin den einzelnen Ländern

Die Parteien zum Eisenbahnerstreik.

(Fortsetzung unserer Berliner Besprechungen)

Berlin, 10. Febr. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen über den Eisenbahnerstreik im Reichstag erklärt

Reichsverkehrsminister Groener:

Es muß mit aller Entschiedenheit dahin gestrebt werden, daß die bisher geltenden Vorschriften so durchgeführt werden, wie es nach ihrem Wortlaut und Sinn zur

Ordnung der wirtschaftlichen Leistung der Eisenbahn unerlässlich notwendig ist. Diese Maßnahmen sind erforderlich geworden, weil tatsächlich in vielen Bezirken die bisherigen Bestimmungen in einer Weise angewandt wurden, die in offenbarem Widerspruch zu den Vorschriften steht. Es war notwendig geworden, bei Ausbruch des Streiks auf Grund des § 15 der Reichsverfassung eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten herbeizuführen. Ueber die Wirksamkeit dieser Verordnung bei der Beendigung des Streiks kann ein Urteil erst abgegeben werden, wenn die Berichte der Eisenbahndirektionen erkennen lassen, in welcher Art und Weise die zuständige Behörde von der Verordnung Gebrauch gemacht hat. Die Ausführung der während ihrer Geltung herausgegebenen Verfügungen ist irrig. Die vom Reichsamt herangezogenen Maßnahmen zur Durchführung des Disziplinarverfahrens sind nicht anders, als die selbstverständlichen: Aufruf des Reichsbeamtenbundes, über dessen Absichten und Bestimmungen keine Klärung sich gewinnen kann. Wie der Herr Reichskanzler gestern schon angedeutet, sind die Richtlinien vom genannten Kabinett einmütig aufgestellt worden.

Der Minister verlas dann die schon bekanntgegebenen Richtlinien für die Durchführung der Disziplinarverfahren, und fuhr dann fort: Wenn die Regierung darauf verzichtet,

Massendisziplinierungen

vorzunehmen, so muß sie das in der Erkenntnis, daß die über große Mehrheit der Beamten im Staube an die Möglichkeit der Angaben ihrer Führer in den Streik gegangen ist. Wie notwendig ein entschlossenes Vorgehen aus Anlaß des Beamtentums ist, zeigt eine Reihe von Einzelfällen. In einer Reihe von Bezirken sind bedauerlicherweise erhebliche Sabotageakte vorgekommen. Es wurde auf die Dienste befindliche Beamte geschlossen. (Hört! Hört!) Es wurden Sandstrahlen aus den Fenstern geschossen. (Hört! Hört!) Schienen auseinandergerissen und Teile herangezogen. Demnächst auf die Gleise gelegt, um Personenzüge zur Entstellung zu bringen. Lokomotivteile entfernt, usw.

Nun zur Einrichtung des Koalitionsrechts. Gelegentlich ist die Auffassung laut geworden, daß der

Einlaß der Technischen Hilfisse

nicht rechtzeitig erfolgt sei und daß die Verwaltung sich über den Erfolg des Einlaßes getäuscht habe. (Sehr wahr! recht!) Vor dem Erlaß des Reichspräsidenten war ich durch die bisherigen Grundzüge gehindert, im eigentlichen Vertriebsdienst die Technische Hilfisse einzusetzen. Im übrigen waren aber in weitem Umfange alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Bis zum 5. Februar, 12 Uhr nachts, drei Tage nach Beginn des Streiks, waren bereits mehr als 5000 Arbeiter der Technischen Hilfisse eingesetzt. Ich will aber auch die bedeutende Tatsache feststellen, daß in mehreren Bezirken das freilegende Personal das Verbot der Aufrechterhaltung eines Koalitionsrechts gegeben, es aber nicht gehalten hat, um den Einlaß der Technischen Hilfisse zu verhindern. Auch einzelne Länder haben den Einlaß der Technischen Hilfisse nicht angefallen. (Beifall bei der Mehrheit.) Zuruf: Welche? So kam es, daß der volle Einlaß der Technischen Hilfisse erst am 7. Februar erfolgte. Außerdem wurden 12000 Hilfskräfte, darunter 1200 Lokomotivführer, eingesetzt. Die Erfahrungen, die aus dieser Tatsache zu ziehen gezogen werden können, werden uns wichtige Richtlinien für die Zukunft geben können. Für die Zukunft ist es vor allem erforderlich, daß die gesamte Beamtenschaft sich einmütig in dem Gefühl der engen Verbundenheit mit dem Staate zusammenschließen in dem Gedanken, daß die Reichsbahn nur zu der alten Warte emporgedrückt werden kann, wenn die Interessen und (zu wichtige Dinge) an die schwierigen Aufgaben des Reichs selbstverständlichen Eigenschaften des Eisenbahnbeamten sind. (Beifall. Zuruf links: Und wenn der Regen noch so freuet!)

Mit der Bezeichnung über den Eisenbahnerstreik verbunden wird ein Antrag Hanes (Unabh.), daß der Reichstag eine Ausnahmeverordnung gegen die streikenden Eisenbahner beschließt, die die Anpassung des Disziplinarverfahrens durch die Reichsregierung und die Disziplinierung von streikenden Beamten bestimmt, und ein Antrag Hoffmann (Komm.), die Reichsregierung zu ermahnen, beschlagene Streikarbeiter sofort freizulassen, Verfügungen sofort aufzuheben und bei der preussischen Landesregierung dahin zu wirken, daß der Berliner Magistrat Maßnahmen aus Anlaß des Berliner Gemeindefahrerstreiks nicht vornimmt und vorgekommene Maßnahmen rückgängig macht.

Abg. Weiß (Soz.): Es handelte sich bei diesem Streik um den Anfang einer Bewegung, die aus der Beamtentum leicht eine revolutionäre Bewegung machen konnte.

In Zukunft müssen bei der Befolgung sozialer Gesichtspunkte zur Geltung kommen. Wir geben zu, daß die Beamtenschaft Grund zur Klage hat, aber auch wir können nicht die Art und Weise billigen, wie sie in den Kampf eintrat. Der Streik dient uns nie zur Erregung von Unfriedenheit, denn er ist ein zweischneidiges Schwert und darf nur in den äußersten Fällen angewandt werden.

Wo war der ideale Ausgang in diesem Streik? In der Republik muß noch mehr als bisher der Grundsatz gelten, daß die persönlichen Interessen den allgemeinen Interessen untergeordnet sind. Die Frage des Streikrechts der Beamten gehört zweifellos zu den schwierigsten Problemen, die uns die heutige Zeit stellt. Ein russischer Arbeiter, der es wagen würde, seine Kameraden zum Streik aufzufordern, hätte nichts zu lachen. (Lärm bei den Kommunisten.) Der Redner zitierte dann

eine Ausführung des sächsischen Ministers

Vipinski,

der ausdrücklich feststellte, daß der leistungsfähigste, von der Revolution des Arbeitsmarktes unabhängige Beamte dem Streik gegenüber nicht in der Lage ist wie der Arbeiter, und daß die Aufrechterhaltung eines Koalitionsrechts notwendig ist. Beamtentum und Streik sind jedoch nicht miteinander vereinbar.

Abg. Hoffe (Zentr.): Der Verlauf des Eisenbahnerstreiks und die Einzelfälle beweisen die Nichtigkeit der Kennzeichnung des Vorgehens der Reichsgewerkschaft als eines

Verbrechens am deutschen Volke.

In Baden ist der Streik mit 36 zu 35 Stimmen beschloffen worden. Die Haltung des Deutschen Beamtentums war nicht klar und unzweideutig genug. Die übrigen Organisationen, insbesondere die Spitzenorganisationen, haben sich mit errenlicher Festigkeit gegen den Streik ausgesprochen. Ein Beamtentum steht in Widerspruch mit dem Beamtentum und der Staatsautorität. Namens der Zentrumsfraktion habe ich ganz offiziell zu erklären, daß sich die Auffassung des Herrn Reichskanzlers in der Frage des Beamtentums vollkommen mit der der Fraktion deckt. (Beifall.) Die für den Streik Verantwortlichen müssen die Konsequenzen tragen. Für den Antrag Hoffmann können wir uns daher nicht aussprechen.

Abg. Berendt (K.M.): Ich glaube im Sinne des weitest ausgedehnten Teiles der deutschen Bevölkerung zu sprechen, wenn ich sage, daß sowohl der Streik der Eisenbahner, als auch der der Groß-Berliner Gemeindearbeiter ein freventliches Verbrechen ist. Die Verurteilung muß um so schärfer sein, wenn man sich die Wirkungen vorstellt. Die schwersten außerpolitischen Gefahren hätten heraufbeschworen werden können. Im Innern ist eine ungeheure Preissteigerung auf allen Gebieten der Lebenshaltung eingetreten. Viele Betriebe sind zum Stillstand gekommen. Die Wirtschaftshilfsleistung war gefährdet. Mit der größten Widerkraft ist man darauf eingegangen, die Leiden der ohnehin schwer geprüften Berliner Bevölkerung auf ein unerträgliches Maß zu steigern. (Lärm und Zuruf bei den Kommunisten.) Derzeit sind waren die Hilfsmittel der Fernverkehrsverbindungen und Krankenhäuser. (Lärm bei den Kommunisten.) Zuruf: Helfen Sie Ihr freies Volk nicht so weit auf! (Lärm rechts.) Der Beamte ist ein Diener des Staatsganzen. Ein Streik der Beamten untergräbt die Grundlagen des Staates und die Grundlagen des Berufsbeamtentums. Wer dies verhindern will, muß einen Beamtentum unbedingt ablehnen. Hat die Regierung nach dem Grundsatze, die sie jetzt aufgestellt hat, gehandelt? Nein! Die Sozialdemokratie erntet nur, was sie sät hat. Im Kampf hat die Regierung direkt zum Beamtentum aufgeföhrt und dadurch Verwirrung in den Köpfen der Beamten geschaffen. Das hat betrachten zu dem jetzt zu Ende gegangenen Streik. Allerdings entschuldigt das die streikenden Beamten nicht. Man kann aber die Erbitterung der Beamten verstehen, wenn sie sehen müssen, daß die Arbeiter Forderungen mehr verdienen als sie, die erst nach vielen Jahren der Vorbereitung angesetzt werden. Mit anderen Worten: Die Regierung hat die Regierung die Gefahr heraufbeschworen. Einigen der nächsten Behauptung des Reichskanzlers war der Notwehr recht mancherseits einzuwenden. Es ist nicht wahr, daß die Regierung immer Herr der Situation gewesen ist. Ihr Verhalten hat nach allem anderen, als nach Gehalt aus, nicht einmal die Verordnung des Reichspräsidenten in zur Anwendung gekommen. Die von der Zentrale der Streikleitung insulierten Nachfragen über die Ausdehnung des Streiks hätte die Regierung nicht so vergründlos hinausgeschoben dürfen. Durch solche Unterlassungen hat sich die Regierung mitverantwortlich an diesem Streik gemacht. (Sehr richtig! recht!)

Das Ungeheuerliche, was geschehen ist, ist das, daß die Regierung schon wenige Tage nach Beginn des Streiks mit

der Reichsgewerkschaft verhandelt hat. Allerdings zunächst

indirekt, dann aber unmittelbar. Die Regierung ist gänzlich

unangefallen. Der Reichskanzler bringt sich um jedes Ver-

trauen. Wir hegen Befürchtungen wegen der Durchführung der

Richtlinien, die für die Disziplinierung gegeben wurden.

